Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des **Gemeinderates**

der Gemeinde **Roßleithen**

am **22. Juni 2007**

Tagungsort: Sitzungszimmer der Gemeinde

Anwesende

1. Bürgermeister Manfred Atzmüller als Vorsitzender (SPÖ)	
2. Vizebgm. Gabriele Dittersdorfer (SPÖ)	11. Gde.Rat Hubert Schmeißl (ÖVP)
3. Gde.Vorstand Karl Graßbecker (SPÖ)	12. Gde.Rat Florian Pernkopf (ÖVP)
4. Gde.Rat Helga Schöngruber (SPÖ)	13. Gde.Rat DI Horst Peter Wolff (ÖVP)
5. Gde.Rat Gerlinde Grill (SPÖ)	14. Gde.Rat Reinhard Menneweger (ÖVP)
6. Gde.Rat Horst Humpelsberger (SPÖ)	15.
7. Gde.Rat Kurt Radaelli (SPÖ)	16.
8. Gde.Rat Kurt Pawluk (SPÖ)	17.
9. Gde.Vorstand DI Josef Stummer (ÖVP)	18.
10. Gde.Vorstand Wilhelm Stöger (ÖVP)	19.

Ersatzmitglieder:

Gde.Rat Herbert Mayr (SPÖ)	für Gde.Rat Johannes Glanzer (SPÖ)
Gde.Rat Wolfgang Atzmüller (SPÖ)	für Gde.Rat Thomas Windhager (SPÖ)
Gde.Rat Hermann Redtenbacher (SPÖ)	für Gde.Rat Gert Kirisits (SPÖ)
Gde.Rat Stefan Schober (ÖVP)	für Gde.Rat Roland Wolkerstorfer (ÖVP)
Gde.Rat Johann Zegermacher (FPÖ)	für Gde.Rat Roman Perner (FPÖ)

Der Leiter des Gemeindeamtes: AL Eugen Schmid

Fachkundige Personen (§ 66 Abs. 2 O.ö. GemO. 1990):

Es fehlen:

entschuldigt:	
Gde.Rat Johannes Glanzer (SPÖ)	Gde.Rat Roland Wolkerstorfer (ÖVP)
Gde.Rat Thomas Windhager (SPÖ)	Gde.Rat Elfriede Schober (Ers.) (ÖVP)
Gde.Rat Gert Kirisits (SPÖ)	Gde.Rat Alexandra Stummer (Ers.) (ÖVP)
Gde.Rat Wolfgang Peböck (Ers.) (SPÖ)	Gde.Rat Josef sen. Kälhs (Ers.) (ÖVP)
Gde.Rat Manfred Trinkl (Ers.) (SPÖ)	Gde.Rat Roman Perner (FPÖ)
Gde.Rat Walter Winkler (Ers.) (SPÖ)	Gde.Rat Christoph Pießlinger (Ers.) (FPÖ)
Gde.Rat Jakob Pfeiffenberger (Ers.) (SPÖ)	Gde.Rat Hubert Schweiger (Ers.) (FPÖ)
Gde.Rat Margit Maratschek (Ers.) (SPÖ)	Gde.Rat Bernhard Perner (Ers.) (FPÖ)
Gde.Rat Klaus Aichinger (Ers.) (SPÖ)	

Der Schriftführer (§ 54 Abs. 2 O.ö. GemO. 1990): AL Eugen Schmid und Melanie Andreuzzi

Der Vorsitzende eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm - dem Bürgermeister - einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 08.06.2007 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;

die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;

- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 25.05.2007 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

- Es wird durch Handhebung einstimmig beschlossen, folgende vom Bürgermeister eingebrachten Dringlichkeitsanträge als zusätzlichen Tagesordnungspunkte zu behandeln:

11.) Kindergarten Pießling – Erlassung einer Kindergartenordnung

12.) Kindergarten Pießling – Erlassung einer Tarifordnung

- Im Sinne des § 54 Abs. 3 OÖ GemO. 1990 werden von den jeweiligen Fraktionsobmännern dem Vorsitzenden folgende GR-Mitglieder für die Unterfertigung der Verhandlungsschrift namhaft gemacht:

Gde.Rat Horst Humpelsberger (SPÖ)

Gde.Rat Hubert Schmeißl (ÖVP)

Gde.Rat Johann Zegermacher (FPÖ)

Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:

1. Bericht des Gemeindeprüfungsausschusses vom 5. Juni 2007 - Kenntnisnahme
2. Gemeindewohnhaus Pichl 76 – Wohnungsvergabe
3. Gebarungsprüfung durch die BH Kirchdorf – Behandlung des Prüfungsberichtes
4. Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren Nr. 4/24/2006 (Dr. Schneeweiß Hermann) – Entscheidung

5. DI Gerhard und Johanna Schmitt – Antrag auf Änderung des Flächenwidmungsplanes
6. Bewerbung um die Teilnahme am EU-Programm Leader – Beschlussfassung (Beilage A)
7. Errichtung Kinderspielplatz Siedlung Rading – Grundsatzbeschluss
8. Änderung der Abfallgebührenordnung (Beilage B)
9. Wegeangelegenheit Wendmühle (Beilage C)
10. Änderung der Zusammensetzung der Ausschüsse mit entsprechender Nachwahl gemäß § 33 Oö. GemO. 1990
11. Kindergarten Pießling – Erlassung einer Kindergartenordnung; Dringlichkeitsantrag (Beilage D)
12. Kindergarten Pießling – Erlassung einer Tarifordnung; Dringlichkeitsantrag (Beilage E)
13. Allfälliges

Zu 1.)

Bericht des Gemeindeprüfungsausschusses vom 5. Juni 2007 - Kenntnisnahme

Der vom Gemeindeprüfungsausschuss erstellte Bericht über die Gebarungsprüfung vom 05.06.2007 wird vom Vorsitzenden vollinhaltlich verlesen, erläutert und zustimmend zur Kenntnis genommen.

GR Menneweger:

In der letzten Finanzausschusssitzung wurden unter anderem die Außenstände wieder genau überprüft. Zusammengerechnet ergeben sie eine beträchtliche Summe. Er spricht dem Buchhalter Aigner Lob aus, dass er stets bei jenen, die einen Zahlungsrückstand haben, nachruft, was bestimmt eine sehr unangenehme Sache ist. Oft betrifft es immer die gleichen. Er denkt, dass finanzielle Notlagen bei jedem eintreten können, doch ob nun wirklich alle zu Mahnenden zahlungsunfähig sind, ist zu bezweifeln. Weiters bemerkt er, dass Roßleithen bei der Zahlung für das Grünschnittlager gut aussteigt. Großen Dank an den Buchhalter, der die Sitzungen immer sehr gut vorbereitet.

Bgmst. Atzmüller:

Er weist darauf hin, dass diese Vorgangsweise für die Einbringung der Rückstände vorgegeben ist und auch eingehalten wird. Schließlich stellt das Gericht fest, ob jemand zahlungsfähig ist oder nicht. Sollte eine Notlage bestehen, könnte der Vorstand über die weitere Vorgangsweise beraten.

Zu 2.)

Gemeindewohnhaus Pichl 76 – Wohnungsvergabe

Bericht des Bürgermeisters:

Bedingt durch eine freigewordene Wohnung im Gemeindewohnhaus Pichl 76 – Frau Daniela Eggl hat mit Schreiben vom 28.02.2007 ihre Kündigung bekannt gegeben - erfolgte die Ausschreibung über die Neuvergabe dieser Wohnung mit einer Nutzfläche von 52,85 m² im Gemeinderundschreiben Nr. 5/2007. Frau Eggl hat den Wohnungsschlüssel am 01.06.2007 an die Gemeinde Roßleithen übergeben. In der Wohnung verbleiben Küche, Wohnzimmerschrank, Ofen, Küchenbank und Küchentisch. Bezüglich der Ablöse dieser Gegenstände wird sie sich mit dem nächsten Mieter absprechen.

Fristgerecht sind nachstehende drei Bewerbungen eingelangt:

- Jutta Biermeier u. Mario Pichler, Pichl 115
- Nicole Salzger, Edlbach 196
- Andreas Lindbichler, Kühbergstraße 11, Windischgarsten

Die drei Ansuchen werden vom Bürgermeister verlesen.

Der Familienausschuss hat in seiner Sitzung am 04.06.2007 die Bewerbungen mittels Punktesystem bewertet. Es ergibt sich folgende Reihung:

1. Jutta Biermeier u. Mario Pichler – 75 Punkte
2. Andreas Lindbichler – 50 Punkte
3. Nicole Salzger – 40 Punkte

Der Familienausschuss in seiner Sitzung am 04.06.2007 sowie der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 19.06.2007 sprachen sich für eine Vergabe der Wohnung an Jutta Biermeier und Mario Pichler aus. Auf Grund der vorliegenden Fakten seien die beiden zu bevorzugen. Sie wohnen derzeit gemeinsam im Elternhaus von Pichler Mario. Zurzeit arbeiten beide im Alten- und Pflegeheim Windischgarsten.

Ein entsprechender Mietvertrag ist abzuschließen.

In der Gemeindevorstandssitzung wurde bemerkt, dass es eventuell empfehlenswert wäre, in Zukunft Interessenten bzw. Bewerber für Wohnungen zu informieren, was genau in einer Bewerbung stehen sollte. Für die Vergabe mittels Punktesystem braucht man Informationen über die Familiensituation, Arbeit, Dringlichkeitsgründe, etc. um eine faire Entscheidung treffen zu können. In einer nächsten Familienausschusssitzung sollte ein Formular für die Wohnungswerber entworfen werden, mit den Punkten, die für die Vergabe relevant sind.

Vzbgmst. Dittersdorfer:

Im Familienausschuss hat man sich mit der Wohnungsvergabe befasst. Es wurde das Punktesystem angewandt. Dadurch Frau Jutta Biermeier und Herr Mario Pichler zu zweit sind, sind sie durch die hohe Punkteanzahl eindeutig an erster Stelle gereiht. Der Familienausschuss möchte noch Änderungen beim Punktesystem vornehmen, damit die Vergabe gerecht und einheitlich wird. Sie stellt den Antrag, den Erstgereihten – Frau Jutta Biermeier und Herr Mario Pichler – die Gemeindewohnung in Pichl zu vergeben.

GR Menneweger:

Er meint, dass es immer wieder eine schöne Angelegenheit ist, wenn eine Gemeindewohnung an eine Familie vergeben werden darf. In diesem Fall ist es gerecht, wenn die Beiden die Wohnung bekommen; doch dem Familienausschuss ist aufgefallen, dass es keine klaren Richtlinien gibt. Tatsache ist, dass die Punkte nach den Bewerbungsschreiben vergeben werden – und somit kann der eine oder der andere schlechter aussteigen aufgrund einer fehlenden Angabe. Gut wäre eine klare Punktevergabe, damit keine Diskussionen zustande kommen. Er empfiehlt, ein entsprechendes Formular für die Bewerber und ein passendem Punktesystem zu entwerfen. Er schließt sich dem Antrag an.

Bgmst. Atzmüller:

In diesem Fall ist die Reihung eindeutig; jedoch könnte es einmal knapper ausgehen. Deshalb wäre es günstig, wenn es eine genauere Ausschreibung bzw. Punktesystem gäbe.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig beschlossen, die Gemeindewohnung in Pichl 76 mit einer Wohnnutzfläche von 52,85 m² ab 1.Juli 2007 an die erstgereihten Jutta Biermeier und Mario Pichler, Pichl 115, zu vergeben. Ein entsprechender Mietvertrag ist abzuschließen.

Zu 3.)

Gebarungsprüfung durch die BH Kirchdorf – Behandlung des Prüfungsberichtes

Der Bürgermeister berichtet, dass von der Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf an der Krems im heurigen Frühjahr die Gebarung der Gemeinde Roßleithen einer Einschau unterzogen wurde. Der hierüber erstellte Prüfungsbericht liegt zur heutigen Sitzung leider nicht vor, deshalb muss gegenständlicher TOP abgesetzt werden.

Ein Entwurf des Prüfberichtes der Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf/Krems ist bereits am 30.04.2007 beim Gemeindeamt eingelangt. Darin wurde unter anderem die Abfallbeseitigung bemängelt, welche dem Kostendeckungsprinzip nicht entsprach. Es wurde massiv darauf hingewiesen, dass ein absoluter Handlungsbedarf besteht. Unter TOP 8 wird darüber genauer berichtet.

Zu 4.)

Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren Nr. 4/24/2006 (Dr. Schneeweiß Hermann) – Entscheidung

Bericht des Bürgermeisters:

Mit gegenständlichem Flächenwidmungsplanverfahren hat sich zuletzt der GV in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Bauangelegenheiten und örtliche Raumplanung am 18.08.2006 befasst.

Man kam damals zu folgendem Schluss: Da die Abteilung Raumordnung des Landes Oberösterreich eine Flächenwidmungsplanänderung rigoros ablehnt und auch die vorliegenden Anrainerbeschwerden ernst zu nehmen sind, kann die Umwidmung derzeit keinesfalls weiterbearbeitet bzw. ein Beharrungsbeschluss gefasst werden. Die vorliegenden Stellungnahmen

sind zu erdrückend. Man empfahl letztlich, eine ablehnende Entscheidung bis zu einer späteren GR-Sitzung zu vertagen. Wenn eventuell seitens Dr. Schneeweiß ein Interventionsweg gesucht würde, bliebe dafür entsprechende Zeit.

Dr. Schneeweiss hat folglich mit Eingabe vom 17.11.2006 der Gemeinde mitgeteilt, dass nach Meinung der zuständigen Landesbehörde, Abt. Raumordnung, Hofrat Mag. Sochatzky, vor einer Entscheidung über die Umwidmung das örtliche Entwicklungskonzept der Gemeinde an die geänderten Verhältnisse der Umwidmung anzupassen ist.

Demnach wurde ersucht, den Akt dem zuständigen Gemeindegremium zuzuweisen und das Verfahren zur Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes entsprechend durchzuführen. Änderungsgründungen für das ÖEK wurden beispielsweise angeführt.

Dazu ist anzumerken, dass im Einleitungsbeschluss des GR vom 10.02.2006 über das Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren auch die Einleitung des ÖEK-Änderungsverfahrens mit Bürgerbeteiligung mitbeschlossen wurde. Die diesbezügliche Kundmachung erfolgte mit Gemeindebürgerinformation Nr. 2/2006 vom 27.02.2006. Bis zur gesetzten Frist 31.03.2006 sind keine Stellungnahmen eingelangt. Die vorliegenden großteils negativen Stellungnahmen beziehen nur auf die Flächenumwidmung.

In weiterer Folge kam es zu einer Vorsprache von Bgmst. Atzmüller und GV DI Stummer bei Hofrat Mag. Sochatzky in Linz, worauf zugesichert wurde, dass Hofrat DI Kienesberger und Hofrat DI. Liebisch gemeinsam mit Vertretern der Gemeinde einen Lokalausgleich vornehmen sollen. Der Termin wird angekündigt.

Leider waren beide Herrn ohne Terminankündigung vor Ort und es hat darauf Hofrat DI Kienesberger telefonisch AL Schmid mitgeteilt, dass auch Hofrat DI Liebisch voll mit ihm übereinstimme, dass die Ablehnungsgründe im Sinne seines Schreibens vom 27.03.2006 aufrecht bleiben. AL Schmid habe gebeten, dass dies der Gemeinde schriftlich mitgeteilt wird.

Leider ist dies bisher nicht geschehen.

Am 19.06.2007 hat GV DI Stummer mit Hofrat Mag. Sochatzky telefoniert. Herr Sochatzky ist der Meinung, dass die Gemeinde weiterhin dahinter sein sollte, da die Aussage nicht klar negativ ist. Er bat einen Termin an, wo Hofrat Sochatzky persönlich kommt für einen Lokalausgleich. Der Termin wird erst nach dem Juli möglich sein.

Da DI Kienesberger wegen Kuraufenthalt erst ab 2.7.2007 wieder erreichbar ist, wird gegenst. TOP abgesetzt und eine endgültige Entscheidung erst nach Vorliegen der schriftlichen Stellungnahme bzw. erst nach der Besichtigung durch Herrn Hofrat Sochatzky getroffen.

Zu 5.)

DI Gerhard und Johanna Schmitt – Antrag auf Änderung des Flächenwidmungsplanes

Bericht des Bürgermeisters:

Die Ehegatten Johanna und DI Gerhard Schmitt, Wien, haben mit Schreiben vom 30.05.2007 um Änderung des Flächenwidmungsplanes ersucht.

Die Antragsteller sind Besitzer der Liegenschaft Schweizersberg 52, EZ 211 KG Roßleithen, im Gesamtausmaß von 555 m².

Die Liegenschaft ist derzeit im Flächenwidmungsplan als Grünland ausgewiesen.

Da beabsichtigt ist, das Wohnhaus zu sanieren (eventuell auch Neubau) und eine entsprechende Abwasserbeseitigungsanlage zu errichten, wird ersucht, für das bestehende Objekt eine Sternchenbauwidmung auszuweisen.

Gleichzeitig haben sich die Ehegatten Schmitt verpflichtet, alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen, da das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wird.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 19.06.2007 hat einhellig empfohlen, das Änderungsverfahren im Sinne der Antragstellung einzuleiten.

GR Pawluk:

Er stellt den Antrag für die Einleitung der Änderung des Flächenwidmungsplanes.

GR DI Wolff:

Zu den Ausführungen von seinen Vorrednern ist nichts mehr hinzuzufügen. Er schließt sich dem Antrag an, da es sinnvoll ist, die Rahmenbedingungen für die Sanierung zu schaffen.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig beschlossen, das Flächenwidmungsänderungsverfahren für die Liegenschaft Schweizersberg 52, EZ 211 KG Roßleithen, im Gesamtausmaß von 555 m² von Grünland in Sternchenbau einzuleiten.

Zu 6.)

***Bewerbung um die Teilnahme am EU-Programm Leader – Beschlussfassung
(Beilage A)***

Bericht des Bürgermeisters:

Die Region Steyr-Kirchdorf bewirbt sich mit zwei eigenständigen Teilregionen um die Teilnahme am EU-Förderprogramm Leader 2007 bis 2013. Leader ist ein Programm für innovative Strategien zur Förderung und Entwicklung des ländlichen Raumes, in dem insbesondere Maßnahmen zur Stärkung der ländlichen Wirtschaft, zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Lebensqualität im ländlichen Raum, zur Verbesserung der Umwelt und der Landschaft, etc. gefördert werden können.

Weitere Details mögen dem beiliegenden Informationsschreiben für Gemeindefraktanten **(Beilage A)** entnommen werden.

Seitens des Regionalforums Steyr-Kirchdorf wurde zwecks Fassung eines einheitlichen GR-Beschlusses aller bewerbenden Gemeinden folgender Beschlusstext vorbereitet:

„Der Gemeinderat beschließt

- a. die Teilnahme der Gemeinde an der Leader-Aktionsgruppe für die Dauer der Förderperiode 2007 bis 2013
- b. die Bereitschaft zur Aufbringung der notwendigen Eigenmittel in der Höhe von maximal €1,50 pro Einwohner und Jahr
- c. die Akzeptanz des Regionalen Entwicklungsplanes“

Der Bürgermeister hat bereits in der Gemeindevorstandssitzung am 19.06.2007 vorgeschlagen, für das EU-Programm-Leader einen eigenen Arbeitskreis für Ideen und Projekte zu bilden. Diese Idee wurde vom Vorstand begrüßt und nachdem dem Bürgermeister dieses Programm als sehr wichtig

erscheint, bietet er sich als Arbeitskreisleiter mit 2 weiteren Fraktionsvertretern an. Er ersucht auch die ÖVP- und FPÖ-Fraktion, sich diesem Arbeitskreis anzuschließen (von jeder Fraktion ca. 2 bis 3 Gemeinderäte).

GR Schöngruber:

Sie meint, dass man sich als Gemeinde diesem Projekt nicht ausschließen kann. Bei Bezahlung dieses Beitrages bietet sich die Möglichkeit, mehr herauszubekommen als man einbezahlt hat. Es wäre wirklich gut, wenn ein Arbeitskreis gegründet wird, damit man sich intensiv damit auseinandersetzen muss; nicht dass es passiert, gewisse Fristen zu übersehen, sondern dass darauf geachtet wird, für die Gemeinde viel herauszuholen. Gestärkt werden soll die Wirtschaft, die Landwirtschaft, Familien, Infrastruktur, etc. Sie stellt den Antrag, sich dem EU-Programm-Leader anzuschließen und den empfohlenen Beschluss zu fassen.

GVDI Stummer:

Er findet das Programm Leader eine sehr vernünftige Maßnahme. Das Wort Leader kommt aus dem Französischen und bedeutet Vernetzung zur Verbesserung regionaler Wirtschaftsmaßnahmen. Hier kommt alles hinein, was in sonstigen regionalen Fördermaßnahmen der Achse 3 in der ländlichen Entwicklung nicht förderbar ist. Wie manche wissen, gibt es drei Achsen; Leader ist die Achse 3 - ein Sonderprogramm für Maßnahmen, die sonst nirgends abgedeckt werden können. Er ist der Meinung, dass die Einsetzung eines offensiven Leadermanagements sehr vernünftig ist, was zwar Kosten verursacht, aber wo in der Region auch etwas vorangeht. Es ist die Einsetzung eines Arbeitskreises sehr gut; jeder der gute Ideen hat, soll eingeladen sein, hier aktiv mitzuarbeiten. Seitens der ÖVP-Fraktion wird er fix dabei sein, und sonst individuell nach den Themen Leute einsetzen. Die Sache ist vernünftig; € 1,50 pro Einwohner ist eine Summe, wo ein offensives Leader-Management in der Region aktiv tätig sein kann. Er schließt sich dem Antrag an.

GR Zegermacher:

Er stellt die Frage, wie die €1,50 pro Einwohner finanziert werden. Wird von den Bürgern extra kassiert oder wird es aus dem Gemeindebudget bezahlt.

Bgmst. Atzmüller:

Die Gemeinde muss es aus dem Budget „berappen“.

GR Zegermacher:

Er berichtet, dass GR Perner Bernhard bei der Besprechung in Molln war. Dieser würde sich für den Arbeitskreis anbieten. Auch er selbst sei grundsätzlich dafür bereit.

Bgmst. Atzmüller:

Er wird versuchen, eventuell noch im Sommer ein Treffen zustande zu bringen und Herrn Mag. Schilcher als Leader-Koordinator dazu einladen um entsprechend beraten zu werden.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig

- die Teilnahme der Gemeinde an der Leader-Aktionsgruppe für die Dauer der Förderperiode 2007 bis 2013
- die Bereitschaft zur Aufbringung der notwendigen Eigenmittel in der Höhe von maximal € 1,50 pro Einwohner und Jahr
- die Akzeptanz des Regionalen Entwicklungsplanes“

beschlossen.

Zu 7.)

Errichtung Kinderspielplatz Siedlung Rading – Grundsatzbeschluss

Bericht des Bürgermeisters:

Im Familienausschuss wurde bereits mehrmals diskutiert, in Rading (Islingbauernsiedlung) auf der gemeindeeigenen 1.055 m² großen Parzelle 755/26 wieder einen Kinderspielplatz zu errichten. Im Sinne der Empfehlungen des Familienausschusses wurde bereits ein entsprechender Förderantrag zur Finanzierung der Projektkosten in Höhe von ca. € 12.000,-- beim Land OÖ gestellt. Auch vom Gemeindereferat des Landes OÖ ist ein Beitrag zu erwarten. Über die Gestaltungsmaßnahmen hat Bmst. Ing. Kniewasser am 14.06.2007 eine Kostenschätzung mit brutto ca. €12.480,-- vorgelegt.

Seitens des Gemeinderates sollte nun der Grundsatzbeschluss für die Errichtung dieses Spielplatzes gefasst werden.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 19.06.2007 empfahl einhellig, den Grundsatzbeschluss für die Errichtung des Kinderspielplatzes in Rading zu fassen.

Vzbgmst. Dittersdorfer:

Man hat sich im Familienausschuss Gedanken gemacht, was man mit dem gemeindeeigenen Grundstück in Rading machen könnte, da es bereits etwas verwildert ist. Sie meint, dass es eine gute Idee ist, hier einen Kinderspielplatz bzw. einen Platz der Kommunikation zu errichten. Die Kostenschätzung von Bmst. Ing. Kniewasser findet sie ganz okay. Es wurde beim Land OÖ, „Spielplatzförderung neu“ um Fördermittel angesucht und man hofft, dass man von LR Kepplinger die Zusage bekommt. Sie bittet den Gemeinderat um die Zustimmung zum Grundsatzbeschluss für die Errichtung des Spielplatzes in Rading.

GR Schober:

Er schließt sich dem Antrag von Vzbgmst. Dittersdorfer an. Er freut sich, dass nun die Spielplatzerrichtung „in Angriff“ genommen wird. In der ÖVP-Fraktion wurde dieses Thema schon vor Jahren vorgebracht.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig der Grundsatzbeschluss für die Errichtung des Kinderspielplatzes auf der gemeindeeigenen 1.055 m² großen Parzelle 755/26 in Rading gefasst.

Zu 8.)

Änderung der Abfallgebührenordnung (Beilage B)

Bericht des Bürgermeisters:

Im Prüfbericht der BH Kirchdorf vom 26.04.2007 über die Einschau in die Gebarung für die Jahre 2003 bis 2007 wird zum Thema „Abfallbeseitigung“ folgendes bemerkt:

„Laut Buchhaltung verzeichnete der laufende Betrieb der Abfallbeseitigung in den Jahren 2003 bis 2006 bei Einnahmen von rd. € 341.780,-- und Ausgaben von rd. € 349.290,-- einen Abgang von

rd. 7.510,-- bzw. jährlich im Durchschnitt rd. 1.880,--, welche aus allgemeinen Mitteln des ordentlichen Haushaltes abgedeckt werden mussten. Die Gebarung der Abfallbeseitigung entsprach somit nicht dem Kostendeckungsprinzip.

Der Voranschlag 2007 wurde neuerlich mit einem Abgang von 2.800,-- beschlossen. Aufgrund der im Jahr 2006 gestiegenen Abfallmengen ergeben sich im Finanzjahr 2007 dadurch unvorhergesehene Nachzahlungen und damit auch höhere quartalsmäßige Akontovorschreibungen, womit nach den angestellten Berechnungen für 2007 mit einem Abgang von rd. €7.300,-- bis €7.500,-- jedenfalls zu rechnen sein wird.

Um den Grundsatz der Kostendeckung zu entsprechen, hat daher die Gemeinde umgehend – spätestens jedoch mit 01.01.2008 – die Abfallgebühren um zumindest 10 % über der vom Bezirksabfallverband allenfalls empfohlenen Gebührenerhöhung anzusetzen.“

Um obiger Forderung nachzukommen, jedoch mit 1.1.2008 nicht den vollen Erhöhungssprung hinnehmen zu müssen, ist beabsichtigt, die unumgängliche Erhöhung in zwei Etappen (ab Juli 2007 und anfangs 2008) vorzunehmen.

Der Umweltausschuss hat in seiner Sitzung vom 19.06.2007 empfohlen, die Abfallgebühren mit 1.7.2007 um 4 % anzuheben. Die diesbezüglich im Entwurf vorliegende geänderte Abfallgebührenordnung sollte vom GR erlassen werden.

Des weiteren wird angeregt, dass sich der Umweltausschuss zu Jahresbeginn mit der Abfallgebührenordnung nochmals genauer auseinander setzt. Bis dorthin wird auch schon entschieden sein, wer weiterhin für den BAV als Müllabfuhrunternehmer tätig ist und wie hoch die Beiträge an den BAV sein werden. Auch wird man bis dorthin wissen, ob die Hausabfallmengen, die im Jahr 2006 gegenüber den Vorjahren wesentlich höher ausfielen, wieder rückläufig sind oder weiterhin mit so hohen Abfallmengen zu rechnen ist.

GV Graßbecker:

Er weiß, dass jede Erhöhung schmerzt, doch die Tatsache ist, dass wieder mehr Müll angefallen ist. Auf alle Fälle sollte man sich zum Jahresende nochmals zusammensetzen und genau ansehen, ob man etwas regeln könnte. Im Umweltausschuss hat man es sich nicht leicht gemacht. Schließlich entschied man sich für eine 4%ige Erhöhung. Er stellt den Antrag, die Abfallgebühren um 4 % zu erhöhen und die vorliegende dementsprechend geänderte Abfallgebührenordnung zu erlassen.

GR Schmeißl:

Im Umweltausschuss hat man sich dementsprechend intensiv mit der Materie befasst. Er erinnert, dass bereits zu Jahresbeginn die Abfallgebühren erhöht wurden, jetzt schon wieder und mit Jahresende soll nochmals eine folgen. Anhand der Prüfberichtszahlen kann man sehen, dass allein im heurigen Jahr der Fehlbetrag ums Dreifache höher als prognostiziert ausfallen soll. Er meint, dass dies angesichts des bisher nicht eingerechneten Grünschnittlagerplatzes nicht möglich sein kann. Die Bezirkshauptmannschaft rät zu einer 10%ige Erhöhung; nun hat man sich geeinigt, vorerst 4 % zu erhöhen. Seines Erachtens sind dafür entsprechende Begleitmaßnahmen notwendig. In erster Linie ist ein Vergleich mit den regionalen Gemeinden aufzustellen. Es ist herauszufinden, ob nur in Roßleithen eine derartig große Müllmenge angefallen ist. Er stellt fest, dass vermutlich die Sammelseln die Müllgebühren ansteigen lassen; die Gde. Spital am Pyhrn hat eine Sammelinsel unter der Autobahn an der Gleinkerseestraße aufgelassen; und wie man weiß, sind unsere Sammelseln dementsprechend mehr frequentiert bzw. teilweise sogar überlastet. Die Sammelinsel in Pichl ist stets überlastet; Grund dafür ist bestimmt auch die Auflassung von anderen Sammelstellen. Ihm ist es sehr wichtig, dass der Gemeindebevölkerung mittels Gemeinderundschreiben bewusst gemacht wird, den Müll sorgfältig zu trennen. Wenn der Müll

getrennt wird bzw. in das Altstoffsammelzentrum gebracht würde, wäre die Restmülltonne bestimmt entlastet. Er schließt sich letztendlich dem Antrag, die Abfallgebühren um 4 % zu erhöhen, an.

Bgmst. Atzmüller:

Leider glauben manche Bürger, wenn sie ihren Müll zu den Sammelinseln bringen, etwas Gutes zu tun. Bestimmt ist es besser, der Müll kommt in die Container als in die Restmülltonne; die beste Lösung wäre jedoch, den getrennten Müll an den Abfuhrtagen zum Altstoffsammelzentrum zu bringen. Er hat den einen oder anderen Bürger schon darauf angesprochen, weshalb er nicht in das ASZ fährt. Die Bürger sollen auch dazu angehalten werden. Weiters wird man sich über die Speiseresteentsorgung Gedanken machen, welche natürlich die Gebühren auch in die Höhe hebt. Dann wird man vergleichen, ob der Abgang vom Jahr 2006 ein einmaliger Ausrutscher war oder nicht. Es muss auch berücksichtigt werden, dass der Müll eventuell in den nächsten Jahren gewogen wird. Nichts desto Trotz muss die Müllbeseitigung kostendeckend durchgeführt werden; deshalb die Erhöhung.

GR Schöngruber:

Sie stellt die Frage, ob es sicher ist, dass die Kosten für die Sammelinseln jenen Gemeinden, wo die Standorte sind, dazugezählt werden. Ursprünglich sind diese von der AGV errichtet worden, wo es geheißen hatte, dass mit dem damals eingehobenen Verpackungsschilling für das gekaufte Produkt die Kosten bereits abgedeckt sind.

Bgmst. Atzmüller:

Bei Glas trifft dies z.B. zu. Schuld ist der viele Müll, der so noch bei den Sammelinseln herumliegt. Der wird von der Fa. Kälhs als Restmüll weggeführt.

GR Schöngruber:

Das heißt, dass bei den Roßleithner Sammelinseln viel Restmüll herumliegt. Wenn dies der Fall ist, wird man auch in Roßleithen bald die Inseln schließen müssen. Das kann nicht sein, dass gemeindefremde Bürger bei unseren Sammelinseln abladen und dieser Müll dann der Roßleithner Gemeinde angelastet wird. Sie hat immer gedacht, dass der gesamte Müll bei den Sammelstationen durch den Verpackungsschilling abgedeckt ist. In diesem Fall wäre es ihr lieber, dass wie früher der Verpackungsschilling nicht akzeptiert wird.

GR Pernkopf:

Er sieht es auch so, dass man es nicht einfach so hinnehmen darf, den Müll von anderen Gemeinden zahlen zu müssen. Obwohl er nicht im Umweltausschuss ist bzw. noch nicht so lange im Gemeinderat, verfolgt er die ständige, fast jährliche Erhöhung der Abfallgebühren – meist um 3 od. 4 %. Er meint, es muss dringend das Gesamtsystem überdacht werden. Durch die ständigen Erhöhungen der Gebühren sind die Bürger zu Recht verärgert. Er stellt die Frage, ob in Zukunft gewisse Wiegeeinrichtungen für die Mülltonnen ein Thema werden.

Bgmst. Atzmüller:

Er meint, dass die Gebühren bestimmt nicht jedes Jahr um 3 oder 4 % erhöht wurden. Derzeit ist es so, dass der Restmüll nach Inzersdorf geliefert und dort gewogen wird.

GV Stöger:

Wie man nun aus den Wortmeldungen gehört hat, sollte sich bald der Umweltausschuss mit diesem Thema befassen. Auch er empfiehlt, im Gemeinderundschreiben die Bürger wieder auf eine sorgfältige Mülltrennung aufmerksam zu machen bzw. zu bitten, am Montag und Freitag das Altstoffsammelzentrum aufzusuchen. Er schließt sich dem gestellten Antrag an. Die geänderte Gebührenordnung wird nach Ablauf der Kundmachungsfrist rechtswirksam.

GR Pawluk:

Er wirft die Idee auf, bei den Sammelinseln Hinweistafeln aufzustellen, welche die Bürger darauf aufmerksam machen sollen, dass es Kosten für die Gemeinde sind, falls sonstiger Müll dort abgelagert wird.

GR DI Wolff:

Er meint, dass diese Hinweistafeln bestimmt nicht viel helfen werden.

GR Schober:

Er glaubt, dass es für viele ein Problem ist, an einem Montag bzw. Freitag zum Altstoffsammelzentrum zu fahren. Er stellt die Frage, ob es möglich wäre, das Altstoffsammelzentrum auch am Samstag zu öffnen.

Bgmst. Atzmüller:

Er wird das Anliegen vorbringen.

GR Zeggermacher:

Es ist gut, wenn die Bürger mittels Gemeinderundschreiben auf eine richtige Mülltrennung aufmerksam gemacht werden. Er möchte wissen, ob es in der Marktgemeinde Windischgarsten auch zu Nachzahlungen gekommen ist.

Bgmst. Atzmüller:

Man wird diesbezüglich mit der Gemeinde Windischgarsten Kontakt aufnehmen.

Beschluss:

Durch Handhebung wird der einstimmige Beschluss gefasst, mit Ablauf der 2-wöchigen Kundmachungsfrist die Abfallgebühr generell um 4 % zu erhöhen und die als **Beilage B**) angeschlossene geänderte Abfallgebührenordnung zu erlassen.

Zu 9.)

Wegeangelegenheit Wendlmühle (Beilage C)

Bericht des Bürgermeisters:

Der GR wurde in dieser Wegeangelegenheit zuletzt in seiner Sitzung am 22. April 2005 befasst. Damals wurde in Ergänzung des Vergleichsvorschlagsbeschlusses vom 17.02.2005 auch noch akzeptiert, den von der Gegenseite geforderten Kostenbeitrag zum Anwaltshonorar in Höhe von €8.000,- zu leisten, um die Angelegenheit endgültig zu einem Abschluss zu bringen.

Folglich fand am 27.06.2006 mit Frau Pernkopf Margarete und ihren Söhnen Josef und Manfred ein Lokalaugenschein statt, bei dem alle weiteren Schritte vereinbart wurden. Den diesbezüglich verfassten Aktenvermerk hat Dr. Bernögger mit Schreiben vom 31.08.2006 an Herrn Dr. Sieghartsleitner als Rechtsvertreter von Frau Pernkopf übermittelt und um Zustimmung zur weiteren Vorgangsweise (Punkte 5. bis 7. des Aktenvermerkes) ersucht.

Mit Schreiben vom 30.01.2007 folgte die Antwort von Dr. Sieghartsleitner, wo u.a. angeführt ist, dass „es für einen allfälligen Vergleichsabschluss notwendig sein wird, ein schriftliches Übereinkommen auszuarbeiten, wobei die Kosten für die Errichtung und Durchführung dieses Übereinkommens von der Gemeinde zu tragen sind. Einem Textvorschlag wird entgegen gesehen.“

Das verlangte Übereinkommen wurde schließlich von Dr. Bernögger im Einvernehmen mit der Gemeinde erarbeitet und Herrn Dr. Sieghartsleitner am 27.03.2007 zugestellt. Es ist als **Beilage C** angeschlossen und sollte, wenn so von der Gegenseite akzeptiert, auch vom GR beschlossen werden, damit diese Wegangelegenheit endlich zum Abschluss gebracht werden kann.

Als Frist für die unterfertigte Retournierung wurde der 16.04.2007 vorgemerkt.

Da bis zur gesetzten Frist das Übereinkommen nicht zurückgesandt wurde, hat Dr. Bernögger telefonisch bei Dr. Sieghartsleitner urgiert und in Erfahrung gebracht, dass zwar das Übereinkommen von ihm sofort an Frau Pernkopf zugestellt wurde, jedoch keine Reaktion erfolgte. Das Übereinkommen sollte in der GR-Sitzung am 27.04.2007 zur Beschlussfassung kommen. Leider lag es aber bis zu diesem Zeitpunkt nicht vor. Dr. Sieghartsleitner erklärte Dr. Bernögger gegenüber telefonisch, er werde sich bemühen, dass dieses bis längstens Ende Mai 2007 zur Beschlussfassung vorliegt.

Dr. Bernögger lies bereits damals anklingen, dass seitens der Gemeinde die Fortsetzung des Gerichtsverfahrens beantragt wird, falls das Übereinkommen nicht bis Ende Mai 2007 unterfertigt vorliegt.

Da die Frist mit Ende Mai 2007 wieder ohne Reaktion verstrichen ist, hat Dr. Bernögger neuerlich Dr. Sieghartsleitner mit FAX vom 13.06.2007 in Kenntnis gesetzt, dass die Gemeinde in dieser Angelegenheit eine weitere Verzögerung nicht mehr hinnehmen kann und er beauftragt sei, die Fortsetzung der anhängigen Gerichtsverfahren beim Bezirksgericht Windischgarsten zu beantragen, falls das übermittelte Übereinkommen nicht bis 18.06.2007 unterfertigt in seiner Kanzlei einlangt.

Der Gemeindevorstand sah in seiner Sitzung am 19.06.2007 keine andere Möglichkeit gegeben, als die anhängigen Gerichtsverfahren fortzusetzen, da auch die letztmalig gesetzte Frist 18.06.2007 wieder negiert wurde. Auch der Straßenausschuss war in seiner Sitzung vom 14.06.2007 selbiger Ansicht, falls nicht zeitgerecht eine Reaktion folgt.

GV Stöger:

Die Gemeinde hat sich in der gegenständlichen Wegangelegenheit schon des öfteren mehr als großzügig erwiesen. Leider wurde das Entgegenkommen der Gemeinde zu einer einvernehmlichen Bereinigung im Sinne des vorliegenden Übereinkommens nicht akzeptiert. Es ist nun der Zeitpunkt gekommen, wo der Geduldfaden gerissen ist. Er beantragt folglich, die derzeit ruhenden Gerichtsverfahren fortzusetzen, damit endlich einmal eine Entscheidung bzw. ein gerichtliches Urteil zustande kommt.

GV Graßecker:

Die Wegangelegenheit „Wendlmühle“ zieht sich bereits Jahrzehnte hin. Unzählige Male stand dieser Punkt auf der Tagesordnung. Jetzt ist die Zeit reif für eine endgültige Entscheidung. Er schließt sich dem Antrag an.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig beschlossen, Dr. Bernögger sofort zu beauftragen, die Fortsetzung der beiden anhängigen derzeit ruhenden Gerichtsverfahren beim Bezirksgericht Windischgarsten (C 304/98 d und NC 109/01) zu beantragen.

Zu 10.)

**Änderung der Zusammensetzung der Ausschüsse mit entsprechender Nachwahl
gemäß § 33 Oö. GemO. 1990**

Der Bürgermeister berichtet, dass, bedingt durch das Ausscheiden von GR Roland Wolkerstorfer durch Mandatsverzicht mit Wirksamkeit 29.05.2007, auch Nachwahlen der Mitglieder (Ersatzmitglieder) der Ausschüsse gemäß § 33, Abs. 5, O.ö. Gemeindeordnung 1990 notwendig sind. Für die diesbezüglichen Nachwahlen wurde am heutigen Tag ein schriftlicher Wahlvorschlag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion vorgelegt.

Wolkerstorfer war auch als Rechnungsprüfer für den Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Roßleithen & Co KG bestellt. Auch diesbezüglich ist eine Nachnominierung erforderlich.

GR Wolkerstorfer war ein ausgezeichnete Fachmann in Finanzangelegenheiten und die Zusammenarbeit mit ihm war immer sehr angenehm. Der Bürgermeister dankt ihm für seinen Einsatz im Dienste der Öffentlichkeit.

Wahlgang für die Stimmenabgabe:

Gemäß § 52 O.ö. Gemeindeordnung 1990 sind Wahlen durch den Gemeinderat stets geheim mit Stimmzettel durchzuführen, es sei denn, dass der Gemeinderat einstimmig eine andere Art der Stimmenabgabe beschließt.

Auf Vorschlag von Bgmst. Atzmüller wird vom **Gemeinderat durch Handhebung einstimmig beschlossen, generell alle Nachwahlen in die Ausschüsse öffentlich durch Handhebung vorzunehmen.**

Nachwahl:

Die Nachwahlen in die Ausschüsse sowie der Obmann-Stellvertreter wurden im Sinne des vorliegenden gültigen Wahlvorschlages, der vom Bürgermeister vorgetragen wurde, in einer Fraktionswahl von der ÖVP-Fraktion vorgenommen und erfolgten en block durch Handhebung einstimmig.

Änderungen haben sich bei folgenden Ausschüssen ergeben. Die neue Zusammensetzung lautet:

a) Pflichtausschüsse:

Ausschuss für Schul-, Kindergarten-, Kultur- und Sportangelegenheiten:

Anstelle von GR Roland Wolkerstorfer tritt GR Horst Baumschlager als Ersatz.

Dieser Ausschuss hat demnach folgende neue Zusammensetzung:

Glanzer Johannes (Obmann)	(SPÖ)
Schöngruber Helga (Obmann-Stellv.)	(SPÖ)
Grill Gerlinde	(SPÖ)
Schmeißl Hubert	(ÖVP)
Stummer Alexandra	(ÖVP)
Zegermacher Johann, Mag.	(FPÖ-Vertr. mit beratender Stimme)

Ersatz: Dittersdorfer Gabriele, Vizebgm.	(SPÖ)
Pawluk Kurt	(SPÖ)
Atzmüller Wolfgang	(SPÖ)
Baumschlager Horst	(ÖVP)
Stöger Robert	(ÖVP)

b) Ermessensausschüsse:

Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Finanzen:

Anstelle von GR Roland Wolkerstorfer tritt GR DI Horst Peter Wolff als Obmann-Stv.

Dieser Ausschuss hat demnach folgende neue Zusammensetzung:

Glanzer Johannes	(SPÖ)
Bgmst. Atzmüller Manfred	(SPÖ)
Vzbgmst. Dittersdorfer Gabriele	(SPÖ)
DI Stummer Josef (Obmann)	(ÖVP)
DI Wolff Horst Peter (Obmann-St.)	(ÖVP)
Perner Bernhard	(FPÖ-Vertr. mit beratender Stimme)

Ersatz: Radaelli Kurt	(SPÖ)
Schöngruber Helga	(SPÖ)
Grill Gerlinde	(SPÖ)
Stöger Wilhelm	(ÖVP)
Antensteiner Herbert	(ÖVP)

Wasser- und Kanalausschuss:

Anstelle von GR Roland Wolkerstorfer tritt GR Stefan Schober als Obmann-Stv.

Dieser Ausschuss hat demnach folgende neue Zusammensetzung:

Atzmüller Manfred, Bgm.	(SPÖ)
Graßecker Karl	(SPÖ)
Windhager Thomas	(SPÖ)
Stöger Wilhelm (Obmann)	(ÖVP)
Schober Stefan (Obmann-St.)	(ÖVP)
Pießlinger Christoph	(FPÖ-Vertr. mit beratender Stimme)

Ersatz: Kirisits Gert	(SPÖ)
Aichinger Klaus	(SPÖ)
Kaltenbrunner Willibald	(ÖVP)
Schafhauser Gerlinde	(ÖVP)

**Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Roßleithen & Co. KG –
Nachnominierung:**

GR Wolkerstorfer was auch als Rechnungsprüfer für die Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Roßleithen & Co. KG nominiert. Auf Grund seines Ausscheidens wurde seitens der ÖVP-Fraktion GR Stefan Schober einstimmig nachgewählt.

Zu 11.)

***Kindergarten Pießling – Erlassung einer Kindergartenordnung –
(Dringlichkeitsantrag) - (Beilage D)***

Bericht des Bürgermeisters:

Der Oö. Landtag hat am 8.3.2007 das neue Kinderbetreuungsgesetz 2007 beschlossen. Damit sind am Sektor Kinderbetreuung umfassende Änderungen entstanden.

Im Zuge der gesamten Umstrukturierung ist auch die bestehende, zuletzt mit GR-Beschluss vom 30.06.2006 geänderte Kindergartenordnung zu adaptieren.

Vom Kindergartenreferat des Landes Oö. wurde diesbezüglich eine Musterkindergartenordnung erstellt. Diese liegt auf den Kindergarten Pießling entsprechend abgestimmt im Entwurf vor und wäre vom GR zu erlassen. Sie wird vom Bürgermeister auszugsweise zur Kenntnis gebracht.

Vom GV wurde in seiner Sitzung am 19.06.2007 die vorliegende Kindergartenordnung zur Beschlussfassung empfohlen.

Beschluss:

Ohne Wortmeldung (Diskussion fand unter TOP 12 statt) wird durch Handhebung einstimmig die Erlassung der adaptierten und als **Beilage D** angeschlossenen Kindergartenordnung beschlossen

Zu 12.)

***Kindergarten Pießling – Erlassung einer Tarifordnung – (Dringlichkeitsantrag)
(Beilage E)***

Bericht des Bürgermeisters:

Der Oö. Landtag hat am 8.3.2007 das neue Kinderbetreuungsgesetz 2007 beschlossen. Damit sind am Sektor Kinderbetreuung umfassende Änderungen entstanden.

Gemäß § 27 Abs.2 des oz. Gesetzes wurde in weiterer Folge hinsichtlich der tarifmäßigen Festsetzung des Elternbeitrages mit Verordnung der Oö. Landesregierung Nr. 50/2007 die sogenannte „Elternbeitragsverordnung 2007“ erlassen, die im Wesentlichen die Bestimmungen über die Bewertung des Einkommens und die Berechnung des Elternbeitrages beinhaltet.

Im § 11 der Elternbeitragsverordnung wird im Absatz 1 verlangt, dass der Rechtsträger (Gemeinde) den Elternbeitrag, insbesondere den Höchstbeitrag gemäß § 4 der genannten VO, für seine Kinderbetreuungseinrichtung tarifmäßig festzulegen hat.

Im Absatz 2 wird gefordert, dass in der Tarifordnung vorzusehen ist, dass der Mindestbeitrag aus besonders berücksichtigungswürdigen sozialen Umständen ermäßigt oder zur Gänze nachgesehen werden kann, wobei auf die Vermögens-, Einkommens- und Familienverhältnisse der Eltern Bedacht zu nehmen ist.

Gemäß Absatz 3 ist festzulegen, ob der Elternbeitrag 10 Mal oder 11 Mal jährlich eingehoben wird.

Ein Muster der von der Gemeinde zu erlassenden Tarifordnung wurde vom Gemeindebund erstellt. Es lag zur GV-Sitzung am 19.06.2007 jedoch noch nicht auf, weshalb vom GV folgende Eckdaten als Empfehlung für die im Gemeinderat zu beschließende Verordnung hinsichtlich der Festsetzung der Höchstbeiträge des Elternbeitrages gegeben wurden:

- Der Höchstbeitrag für halbtägige Betreuung (7.15 Uhr bis 12.30 Uhr oder eine andere in etwa gleich lange Öffnungszeit) beträgt €90,--.

- Der Elternbeitrag beträgt für
 - a) halbtägige Inanspruchnahme 3,0 % der Berechnungsgrundlage, jedoch mindestens € 36,-, und wird mit 100 % bewertet;
 - b) die Inanspruchnahme der Mindestöffnungszeiten gemäß § 9 Abs. 1 Oö. Kinderbetreuungsgesetz (7.30 Uhr bis 13.30 Uhr inklusive Mittagsbetreuung) wird mit 115 % bewertet;
 - c) die Inanspruchnahme längerer Öffnungszeiten als die Mindestöffnungszeiten, also eine ganztägige Inanspruchnahme, wird mit 133 % bewertet.
- Der Elternbeitrag wird 10,5 Mal jährlich (September bis Juni jeweils in voller Höhe und für Juli zu 50 %) eingehoben
- Der Mindestbeitrag kann aus besonders berücksichtigungswürdigen sozialen Umständen ermäßigt oder zur Gänze nachgesehen werden, wobei auf die Vermögens-, Einkommens- und Familienverhältnisse der Eltern Bedacht zu nehmen ist.
- Die Tarifordnung tritt mit 1. September 2007 in Kraft.

Inzwischen wurde nach dem Muster des Gemeindebundes die Tarifordnung für den Kindergarten Pießling im Sinne oben angeführter Punkte erstellt. Sie wird vom Bürgermeister vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht.

GR Schmeißl:

Ergänzend zu den ausführlichen Informationen bemerkt er, dass bei der neuen Tarifordnung besonders auf die Vermögens- und Familiensituationen eingegangen wird. Wichtig sei, dass die betroffenen Familien ehestmöglich über die neue Situation und Tarife informiert werden.

Der Kindergarten ist für das neue Kindergartenjahr 2007/2008 wieder voll, was besonders für das gute Team spricht. Sein Kind sei ebenfalls begeistert. Folge dessen beantragt er die Erlassung der vorliegenden Kindergarten-Tarifordnung.

GR Grill:

Informiert, dass im Kindergarten derzeit wieder 2 Wochen im Wald verbracht wurden und die Kinder vollauf begeistert sind bzw. waren.

Vzbgmst. Dittersdorfer:

Die Gestaltung der Kindergarten- und Tarifordnung war etwas kompliziert, weil die erforderlichen Daten erst kurzfristig zur Verfügung stehen. Da aber die Verordnungen mit Beginn des Kindergartenjahres 2007/2008 in Kraft sein müssen, war die Dringlichkeit zur Beschlussfassung gegeben und die Dringlichkeitsanträge gerechtfertigt.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig die Erlassung der als **Beilage E** angeschlossenen Tarifordnung für den Kindergarten Pießling beschlossen.

Zu 13.)

Allfälliges

a) Gemeindeausflug 2007

GV Graßbecker informiert bzw. erinnert, dass der Gemeindeausflug 2007 für 1. September fixiert ist. Als Ausflugsziele stehen folgende 3 Varianten zur Auswahl:

- Baumkronenweg in Kopfung
- Dachstein Eishöhlen
- Puchberg am Schneeberg

Wie in GV-Sitzung besprochen, sollte heute eine Entscheidung über das diesjährige Ausflugsziel getroffen werden.

Seitens der SPÖ-Fraktion würde man für Kopfung eintreten.

GR Pernkopf teilt mit, dass man sich auch in der ÖVP-Fraktion für den Baumkronenweg in Kopfung ausgesprochen hat. Dieses eine Ziel wurde aber als zu wenig für diesen Tag erachtet, weshalb eine Weiterfahrt nach Schärding mit Stadtführung und Schifffahrt am Inn angeregt wurde.

Die Variante 1 (Baumkronenweg in Kopfung) als diesjähriges Ausflugsziel samt vorgeschlagener Ergänzung nach Schärding etc. wird einhellig von allen Anwesenden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 25.05.2007 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 19.30 Uhr.

.....
Vorsitzender

.....
für die SPÖ-Gemeinderatsfraktion

.....
für die ÖVP-Gemeinderatsfraktion

.....
Schriftführer

.....
für die FPÖ-Gemeinderatsfraktion

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden*, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde*.

Roßleithen, am

Der Vorsitzende:

.....

*Nichtzutreffendes streichen